

## Verlagerungen

### *Die Sowjetunion nach dem XXVIII. Parteitag der KPdSU*

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU (2.–13. Juli) barg manche Überraschung in sich, gibt auch nach seinem Abschluß noch Rätsel auf. Was bedeutet er für die Partei, was für die Zukunft der Sowjetunion? Wer hat eigentlich gesiegt, *Michail Gorbatschow* oder seine Gegner, und wenn, welche Gegner? Vieles, was vorausgesagt oder befürchtet wurde, ist auf dem Parteitag nicht eingetreten: eine Spaltung der Partei zum Beispiel – trotz des Austritts des *Boris Jelzin* und einiger gewichtiger Leute der „Demokratischen Plattform“, darunter der beiden populären Bürgermeister von Moskau und Leningrad. Vom vielfach prophezeiten Sieg der alten Apparatschiks war am Schluß aber auch nichts zu sehen. Mit einem Durchmarsch der Konservativen wurde von vielen nach der Wahl alter Funktionäre an die Spitze der neugeschaffenen kommunistischen Partei der RSFSR gerechnet, zumindest mit neuen Schwierigkeiten für Gorbatschow. Auch das ist nicht eingetreten. Dagegen anderes: nach einer halb raffinierten, halb gewaltsamen Handhabung der Parteitagsregie eine – mit 3411 Ja- und nur 1116 Gegenstimmen – erstaunlich einmütige Wiederwahl des Staatspräsidenten als Parteisekretär und das, nachdem Gorbatschow erklärt hatte, wenn bei der Perestrojka-Politik Fehler gemacht worden seien, dann der, daß sie bisher nicht energisch genug betrieben worden sei.

Aber nicht nur das: die 4700 Delegierten aus allen Winkeln des sowjetischen Imperiums taten dem Präsidenten noch mehr zum Gefallen: Sie folgten ihm mit imponierender Mehrheit auch bei der Wahl des von ihm gewünschten Stellvertreters als Parteisekretär. Die lange Zeit als Entmachtungsversuch Gorbatschows ins Gespräch ge-

brachte Schaffung eines zweiten resp. stellvertretenden Generalsekretärs, der künftig das ZK-Sekretariat leitet und damit für die gesamte praktische Parteiarbeit verantwortlich ist, ging nun mühelos über die Bühne, ohne daß es danach aussieht, als entstünde ihm in dem Ukrainer *Wladimir Iwaschko* neue Konkurrenz. Phasenweise geriet der Parteitag unter den Eindruck des Unwirklichen. Jelzin trat aus der Partei aus, nachdem Gorbatschow, dem der Präsident der RSFSR sich vor dem Parteitag deutlich annäherte, sich jedenfalls personell weitgehend durchgesetzt hatte. Sah er die Partei durch den Verlauf des Kongresses geschwächt genug, daß er meinte, sich den Austritt leisten zu können? *Jegor Ligatschow*, das ideologische Sprachrohr des alten Apparats und erklärter Gegner Gorbatschows, wurde für seine kräftige Kritik am Kurs Gorbatschows von den Delegierten heftig beklatscht; als er dann aber als Gegenkandidat von Iwaschko und als Gegengewicht zu Gorbatschow für das Amt des stellvertretenden Generalsekretärs kandidierte, fiel er haushoch durch und wurde auch nicht mehr ins Zentralkomitee gewählt.

Aber war das schon das Ende des politischen Einflusses Ligatschows und seiner Überzeugungs- und Kampfgenossen im Parteiapparat und unter den unzufriedenen Militärs? Oder signalisierte der Parteitag, den Gorbatschow nach dem Parteikongreß in der russischen Republik zunächst verschieben wollte, dann aber energisch in die Hand nahm, etwas sehr viel Weiterreichendes, das Anfang vom Ende der KPdSU als Staatspartei? Sie hatte das Machtmonopol im Staate formell bereits vor dem Parteitag aufgegeben, wollte aber auch dem Parteitag ihre Führungsrolle, theoretisch in Konkurrenz zwar zu den neu entstehenden, einstweilen noch bedeutungslosen politischen Gruppierungen, aber mit den hergebrachten leninistisch-totalitären Mitteln des „demokratischen Zentralismus“ behaupten. Auf ihre Formationen in den Betrieben, Medien und Verwaltungen wollte die Partei nicht verzichten. Auch mit der Forderung nach sichtbarer Anpassung der Parteiführung und der Parteistruktur an die

demokratischer Parteien konnte sich Gorbatschow, sofern er überhaupt wollte, nicht durchsetzen. Statt des ursprünglich vorgesehenen Parteipräsidiums mit Vorsitzendem und Sekretariat blieb es auch nach dem neuen Parteistatut bei der Führung durch das Politbüro und ein (wieder erweitertes) Zentralkomitee mit dem Generalsekretär als Parteichef.

Aber sehr viel wichtiger ist, was bei der Neuwahl des Politbüros und der Mitglieder des Zentralkomitees herauskam: die *faktische Trennung von Regierungs- und Parteiämtern*, die nur noch durch die Person Gorbatschows an der Spitze zusammengehalten werden. Kein Regierungsmitglied oder leitende Persönlichkeit des Staatsapparats, angefangen vom Stellvertreter Gorbatschows als Präsident des Obersten Sowjets und vom Ministerpräsidenten bis zum KGB-Chef, gehört mehr dem Politbüro an. Vom Chef der Prawdä und bekannten Erfolgsmann Gorbatschows, *Iwan Frolow*, abgesehen, sind vorwiegend Unbekannte, aber durchwegs Jüngere ins Politbüro eingezogen. Dafür wurde es, da ihm künftig alle Parteichefs der einzelnen Sowjetrepubliken kraft Amtes angehören, als *Repräsentativorgan* der Partei gestärkt.

Aber wie ist die als Ergebnis des Parteitages sichtbar gewordene, einstweilen nur personelle Trennung von Regierungs- und Staatsapparat zu deuten und aus welchen Kräfteverlagerungen heraus kam sie überhaupt zustande? Durch Rückzug der Partei aus dem Regierungsapparat oder der Regierungsmitglieder aus dem Parteiapparat? Eindeutig durch letzteren. Das kündigte sich bereits an, als Außenminister *Eduard Schewardnadse* und *Alexander Jakowlew*, der künftig nur noch dem gewichtiger gewordenen Präsidialamt angehören wird, eine neuerliche Kandidatur für das Politbüro ablehnten. Vermutlich wurde der Prozeß der personellen Trennung von Staats- und Parteiapparat durch den mit der Notwendigkeit der Überparteilichkeit des Staatsamtes in einem in Ansätzen sich abzeichnenden Mehrparteiensystem begründeten Austritt Jelzins beschleunigt. Weder setzte die Führung selbst

bzw. die Umgebung Gorbatschows große Hoffnungen in die Reformfähigkeit der Partei, noch wollte man Jelzin das Feld am Rande der Partei und außerhalb allein überlassen. Man wollte also sozusagen an beiden Strängen mitziehen: bei den von der Partei sich lösenden Reformern und an dem der Partei selbst.

So ergibt sich nach dem Parteitag eine durchwegs eigenartige, wenn auch trotz allem einsichtige Gemengelage: Die fortschreitende Parlamentarisierung zieht eine zunehmende Gewichtsverlagerung von den Partei- auf die staatlichen Instanzen nach sich; die Schere zwischen den maßgebenden Orientierungen in der Partei und den vom Volk gewählten Abgeordneten des Volkskongresses und zum Teil auch im Obersten Sowjet öffnet sich weiter. In der Partei herrscht weiter das Weltbild des alten Apparats, in den parlamentarischen Gremien und in der Regierung überwiegt das Reformelement. Die Partei als ganze ist tief verunsichert, aber als Machtfaktor noch zu stark, als daß die staatliche Führung resp. Gorbatschow sie sich selbst überlassen könnte.

Es ist also wohl nicht so, wie *Lew Kopelew* in einem Kommentar meinte, die Macht der Partei sei schon so gut wie am Ende. Aber der Anfang vom Ende der KPdSU als Staatspartei dürfte mit dem XXVIII. Parteitag gekommen sein, auch wenn mit ihr als Machtfaktor noch zu rechnen ist, zumal auf dem flachen Lande, wo Wirtschafts- und Gesellschaftsmacht mit der Parteimacht weiterhin so gut wie identisch sind, während in den großen Städten sich diese Identität bereits aufzulösen begonnen hat. Und sie wird als Machtfaktor in einem schwierigen Übergang wohl auch noch gebraucht, soll die Entwicklung in der Sowjetunion nicht unter wirtschaftlich sich noch weiter verschlechternden Bedingungen in einem Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen ethnischen (und religiösen) Kulturen untergehen oder in einen Kampf zwischen neuer Anarchie und altem Totalitarismus ausarten. Anders als in den ehemaligen Satelliten dauert die kommunistische Herrschaft in der Sowjetunion

selbst nicht nur länger und hat folglich – in einer Bevölkerung – ohne demokratische Vergangenheit – tiefere Wurzeln im Verhalten der Menschen geschlagen, sondern es fehlten nicht zuletzt auch wegen einer völlig gleichgeschalteten russisch-orthodoxen Kirche alle Gegengewichte, die jetzt im Systemwechsel dringend gebraucht würden.

## Disharmonien

### *Regierung Mazowiecki zunehmend in Schwierigkeiten*

Das Ende des Honigmondes für die erste vom Willen der Mehrheit des polnischen Volkes getragene, wenn auch noch nicht aus ganz freien Wahlen hervorgegangene Regierung ist angebrochen. Die Koalitionsregierung unter der Leitung des seit Monaten angesehensten und beliebtesten polnischen Politikers, *Tadeusz Mazowiecki*, verliert von Tag zu Tag an parlamentarischer Unterstützung, obwohl es im Sejm, der ersten Kammer des polnischen Parlaments, bisher keine Oppositionspartei gab – zumindest nicht bis zum Sommer 1990.

Seit dem Spätwinter gerät der Premier aber unter den zunehmenden Druck des Mannes, der ihn vor einem knappen Jahr zum Kandidaten der „Solidarność“ für das Amt des ersten nichtkommunistischen polnischen Regierungschefs nach 42 Jahren gekürt hatte. Der Vorsitzende der „Solidarność“-Gewerkschaft, *Lech Wałęsa* fordert eine Beschleunigung der politischen Reformen und eine Korrektur der Wirtschaftspolitik. Der Friedensnobelpreisträger erklärte „seinem“ Premier den Krieg und strebt, tatkräftig unterstützt von seinen neuen Beratern in der Danziger Gewerkschaftszentrale, das Amt des Präsidenten für sich an.

Zugleich fordert Wałęsa eine Auflösung der „Bürgerkomitees“ als politischer „Monostruktur“ und die Gründung politischer Parteien, wobei er

zuerst an eine Mitte-Rechts- (Christliche Demokraten) und eine Mitte-Links-Partei (Sozialdemokraten) denkt.

Während sich der Gewerkschaftsführer für die endgültige Spaltung des politischen Flügels der „Solidarność“ stark macht, um damit vermeintlich der Demokratisierung des Landes zu dienen, verlangten die Anhänger einer vorläufig beizubehaltenden Einheit der „Bürgerkomitees“, vor allem als „Solidarność-Komitee im Sejm, eine andauernde Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformvorhaben der Regierung Mazowiecki. In der schwierigen Übergangsphase vom Realsozialismus zur parlamentarischen Demokratie und Marktwirtschaft seien Behutsamkeit, Berechenbarkeit und Stabilität der Regierung angesagt, keine Politik mit der Brechstange, die Wałęsa von hier vorgeworfen wird – mit Blick auf die Erwartungen der Bevölkerung, insbesondere aber auch mit Blick auf das Ausland, das von Polens neuer Führungselite Regierungsfähigkeit und Kontinuität erwarte, keine politischen Machtkämpfe und parteipolitischen oder persönlichen Fehden, die als ideologischer oder programmatischer Streit ausgegeben werden – so die Argumente der Leute um Parlamentsfraktionschef *Bronisław Geremek* und den Publizisten *Adam Michnik*. In der Polemik mit ihnen pflegt Wałęsa seinen Antiintellektualismus – er spricht von den „Eierköpfen“ in Warschau – und eine Tendenz zu populistischen Thesen mit dem Versprechen schneller Problemlösungen.

Natürlich sind die Motive für die unterschiedlichen Strategien innerhalb der „Solidarność“ nicht so rein und hehr, wie sie von den Protagonisten vorgetragen werden. Sie sind Ausdruck ebenso politischer Ambitionen wie objektiver politisch-gesellschaftlicher Strömungen in der ersten Phase des Postkommunismus. Der in die Danziger Gewerkschaftszentrale abgedrängte Wałęsa will die Karten neu mischen und das neue „Solidarność“-Machtzentrum in Warschau sprengen. Die sozialdemokratischen Strömungen in der „Solidarność“ und